

Engagement der Quartierbevölkerung fürs Klybeck und den Klybeckquai

1986: Die AnwohnerInnen der Klybeckstrasse feiern das erste Klybeckfest, das seither jeweils am ersten Samstag nach den Sommerferien stattfindet.

1991: Die Bewohner der Klybeckstrasse 243 – 251 setzen sich für den Erhalt der Hinterhäuser Klybeckstrasse 245/247 ein. Zwischen den Jahren 91/92 ersetzen sie die Bedachung. Das so manifestierte Engagement überzeugt die Besitzerin Ciba-Geigy AG: die IG Klybeck kann die Hinterhäuser im Baurecht übernehmen.
Im Parterre richtet sich der Filmclub „Neues Kino“ ein.

Ende 2005: Der NQV Pro Kleinhüningen, die WG Klybeck und andere Quartiervereinigungen setzen sich gegen die **Verlagerung des Rheinhafens** St. Johann an den Klybeckquai ein. Nach einigen Monaten verzichtet der RR darauf, „aus städtebaulichen Überlegungen“. Hat er sich denn vorher keine solchen gemacht?

2007: Die Abteilung Lärmschutz des AUE (Amt für Umwelt und Energie), will vom Haus Altrheinwegs 32 bis zum Ackermätteli eine 4,5m hohe **Lärmschutzwand** bauen lassen, weil die Lärmbelastung durch die Hafenbahn zu gross ist. Das findet die WG Klybeck auch, setzt sich aber zusammen mit dem damaligen Hochbau- und Planungsamt (jetzt Abt. Städtebau und Architektur) gegen die Lärmschutzwand ein. Das Quartier würde dadurch vom Rhein abgeschottet; die Weite, die das Gleisfeld Richtung Sonnenuntergang bietet, ginge verloren.

Diese beiden Vorhaben hätten die Pläne für die Entwicklung eines neues Quartieres am Klybeckquai verunmöglicht bzw. behindert.

Mitte 2007: Nach dem Auszug des Jugendtreffpunktes werden die ersten beiden Stockwerke und der Keller des Hauses Altrheinweg 38 von der WG Klybeck an den Musikpalast vermietet.
Jeweils am Mittwoch Nachmittag steht der Palast für Kinder, am Donnerstag Abend für Erwachsene zum gemeinsamen Musizieren offen. Dank einer Subvention durch die WG Klybeck muss dafür keine Teilnahmegebühr verlangt werden.

Ende 2010: Die WG Klybeck setzt sich ein erstes Mal für Zwischennutzungen am Klybeckquai und deswegen gegen den Abbruch des Abwärtsgebäudes der Migrol ein.

2011: Der NQV Unteres Kleinbasel, der Verein Neubasel und die WG Klybeck verlangen den Erhalt des Abwartshauses der Migrol. An einem

denkwürdigen Treffen mit dem Direktor des Rheinhafens, dem zuständigen Mann von der Migrol und RR Brutschin (4.11.2011) berufen sich diese drei Entscheidungsträger auf die nicht anwesende, aber für den Rückbau verantwortliche Carbura (Schweizerische Pflichtlagerorganisation für flüssige Treib- und Brennstoffe). Diese sei strikt gegen das Stehenlassen des Gebäudes.

Dabei hatte die Carbura einige Monate vorher angegeben, das sei kein Problem.

Zwei frühere Begründungen für die Unmöglichkeit des Stehenlassens dieses Hauses waren:

- es sei mit unglaublich dicken Leitungen mit dem Tanklager verbunden, sozusagen eins mit diesem und daher gar nicht einzeln erhaltbar.
- es sei mit Asbest verseucht und deshalb zu gesundheitsgefährdend.

Beide Behauptungen waren frei erfunden.

Mit dem Erhalt des Abwartshauses hätte sich die Stadt die 250'000.- sparen können, die sie jetzt Shiftmode für die Anschlüsse von Strom sowie Zu- und Abwasser schenken muss.

2012: Der NQV unteres Kleinbasel, der Dorfverein Pro Kleinhüningen, Neubasel, die WG Klybeck und das Stadtteilsekretariat erstellen zusammen mit der Verwaltung die Mitwirkungsvereinbarung, um den Mitwirkungsprozess bei der Hafen- und Stadtentwicklung wenigstens verspätet einzuleiten. Mit der Verwaltung (Marc Keller und Fritz Schumacher) werden u.a. 2x jährlich stattfindende Quartierinformationen und eine Mitsprache bei den Zwischennutzungen vereinbart.

2012 (Frühling): Die Begleitgruppe für die Mitwirkung wird formiert.

2012: Es finden 2 Quartierinformationen statt.

Anfang 2013: In der Arbeitsgruppe „Das Modell“ treffen sich jeden Dienstag Abend im Hinterhaus über dem Neuen Kino Engagierte, die das ganze Quartier im Massstab 1:100 aus Wellkarton nachbauen. Damit will die AG zur Auseinandersetzung mit der Neubebauung der Klybeckinsel anstiften.

2013: Es findet nur noch eine Quartierinformationen statt, nicht wie zugesagt 2.

September 2013: mit der offiziellen Öffnung des Klybeckquais wird der stadtseitige Zugang 80m weiter nach Süden verschoben: Menschen aus dem Klybeck haben nun 160m weiter bis an den Rhein.

Ende 2013: WG Klybeck verlangt ein erstes Mal, dass der verschobene Zugang wenigstens ohne zusätzliche Schikane vom Klybeck her

passierbar ist.

Ende 2013: Eine Petition der WG Klybeck (Geschäftsnummer 13.5443.02) und ein mit 63:9 Stimmen überwiesener Anzug (13.5423.01) von GR Heidi Mück verlangen den Bau einer Passerelle von der Inselstrasse an den Klybeckquai zur besseren Erschliessung des Geländes für die Bevölkerung. Die Verwaltung hat bis am 19. Dezember 2015 Zeit, dazu Bericht zu erstatten.

Ende 2013: Die Verwaltung kommuniziert, dass die Zwischennutzung des Migrolareals vereinbarungswidrig in einem geheimen Verfahren ohne Mitsprache oder Information der Quartierbevölkerung vergeben werde.

2014: Die Begleitgruppe wird auf Eis gelegt, obwohl ihr und dem Grossen Rat gegenüber versprochen worden war, dass nach dem Ausgabenbericht zur Hafen- und Stadtentwicklung (13.0732) endlich konkreter gearbeitet werden könne.

2014: Es findet keine einzige Quartierinformation mehr statt.

Januar 2014: QuartiervertreterInnen in der Begleitgruppe ermahnen die Regierung in einem offenen Brief zur Einhaltung der Mitwirkungsvereinbarung bei der Vergabe der Zwischennutzungen auf dem ExMigrol Areal und erinnern sie an ihre Verantwortung, die Kantonsverfassung einzuhalten.

1. Mai 2014: Die Zwischennutzung des ExMigrol-Areals wird unter Bruch der Versprechen gegenüber der Begleitgruppe in einem Geheimvertrag dem Verein Shiftmode zugesprochen.

13. Mai 2014: Die IG Klybeckinsel, der Zusammenschluss verschiedenster GegnerInnen des Rheinhattan-Projektes, organisiert eine Quartierinformation. Die gut 150 BesucherInnen finden knapp Platz im Quartiertreffpunkt Brückenkopf.

Mitte 2014: Da von der Verwaltung in Sachen Passerelle noch nichts zu vernehmen war, wird die Quartierbevölkerung selber tätig und organisiert mit der FHNW einen Planungswettbewerb für einen Passerelle.

Ende 2014: Shiftmode macht die Baueingabe für den Holzpark mit den BACH (Basle Art & Cultural Halls). Darin ist kein Lärmkonzept enthalten, nur eine Betrachtung zu Lärmimmissionen in Frankreich ist beigelegt, die aber für ein anderes Projekt erstellt worden war. Das Verkehrskonzept erschöpft sich darin, Autofahrenden vorzuschlagen, im Parkhaus am Badischen Bahnhof zu parkieren, danach mit dem Bus nach Kleinhüningen zu fahren und einen knappen Kilometer bis zum Migrolareal

zu gehen.

Die Passerelle ist aus dem Projekt gestrichen, die Platzierung der Bauten verunmöglicht den Bau der Passerelle am gewünschten Ort.

Zu Beginn wurde davon gesprochen, dass die Hallen 2 Monate pro Jahr an Messen vermietet würden und während 10 Monaten für Projekte z.B. aus dem Quartier offen stünden. Im Gesuch aber ist von bis zu 6 Monaten kommerzieller Nutzung die Rede.

Am 3.12.2014 erhebt die WG Klybeck Einsprache wegen u.a. den fehlenden Lärm- und Verkehrskonzepten.

Ab jetzt wird Stimmung gemacht, die Anwohner seien „Verhinderer“.

Januar 2015: Es brauchte über ein Jahr, 2 Lokaltermine, mehrere Briefe und Telefonate, bis der nach Süden verschobene Zugang zum Klybeckquai so umgestaltet wird, dass BesucherInnen aus dem Klybeck wie solche aus der Stadt ohne Zusatzschikane an den Klybeckquai gelangen können.

15. April: Die AG Passerelle und die WGK gelangen inoffiziell an RR Morin und Shift Mode, um einen Kompromiss vorzuschlagen: Die WGK verzichtet auf weiteren Widerstand gegen die BACH, wenn der Bau der Passerelle gesichert ist.

9. März 2015: Bruno Trinkler, Professor an der FHNW, präsentiert dem BVD die studentischen Passerellen-Ideen. Die Vertreter des Departementes beschränken sich darauf, Hindernisse, Bedenken und Probleme vorzubringen. Offensichtlich soll die Passerelle nicht ermöglicht, sondern verhindert werden.

5. Mai 2015 Die AG Modell organisiert eine Quartierinformation zur Passerelle, an der Prof. Trinkler die Passerellen-Entwürfe gut 50 Interessierten vorstellt. In konstruktiver Atmosphäre diskutieren anschliessend Leute aus dem Quartier und ZwischennutzerInnen über das Projekt.

19. Mai: Das Bauinspektorat bewilligt den Bau der BACH, die Einsprache der WG Klybeck wird in allen Punkten abgelehnt. Obwohl bei einer nicht der Industriezone 7 entsprechenden Nutzung und zu erwartendem Mehrverkehr ein Verkehrskonzept vorgeschrieben ist, verzichtet das Planungsamt unter Berufung auf den Ausnahmeartikel 80 Abs. 2 des Bau- und Planungsgesetzes BPG darauf. Bewilligt werden auch die Betriebszeiten der Halle 3. Discobetrieb wird möglich während 128 Stunden pro Woche, Samstags und Sonntags bis 4 Uhr morgens.

25. Mai: Die WG Klybeck bittet den Regierungsrat schriftlich um ein Treffen wegen der Passerelle.

26. Mai: Die Ablehnung der Einsprache trifft bei der WG Klybeck ein.

27. Mai: Die WG Klybeck meldet Rekurs an gegen die Baubewilligung für die BACH.

30. Juni: Die WG Klybeck reicht die Begründung für den Rekurs ein. Besonders stossend am Baubewilligungsverfahren ist, dass Shift Mode die überlangen Betriebszeiten erst im Januar 2015 eingegeben hat und die WG Klybeck erst am 26. Mai davon erfuhr.